

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Adlig, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Rillen St. Nicola, St. Jakob, St. Nikola, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Ruchsnappel und Lirichheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

55. Jahrgang.

Nr. 1

Verusprech. Anschlag: Nr. 7.

Sonntag, den 1. Januar

Telegrammadresse: Tagblatt.

190.5

## Städtische Sparkasse Lichtenstein.

Spar einlagen werden an allen Wochentagen angenommen und zu rückgezahlt.

Expeditionsstunden

vormittag 8-12 Uhr, nachmittag 2-4 Uhr.

Alle am 1., 2. und 3. eines jeden Monats bewirkten Einlagen werden auf den vollen Monat der Einzahlung verzinst.

## Ruchholz- und Ruchrinden-Versteigerung.

Montag, den 9. Januar 1905

sollen im

Hotel zum Deutschen Kaiser in Zwickau

(Ende der Bahnhofstraße)

von vormittags 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr an

die pro 1904/05 auf nachgenannten fürstlichen Forstrevieren zum Einschlag kommenden Stämme und Ränder, und zwar ca. 3950 Festmeter Nadelholz, zumeist noch anstehend, sowie die nachstehend aufgeführten Ruchrindenmassen ca. 130 Festmeter oder 434 Nm. Fichtenrinde, und zwar auf:

Revier	Ruchholz. Nadelholz. Festm.	Ruchrinde. Fichte. Festm. od. Nm.
Niederwaldburg-Remse	380	—
Oberwaldburg	1210	25 84
Lichtenstein	470	4 13
Celsnig-Steitwald	1200	69 230
Stein	250	5 17
Pfannenstiel	440	27 90

unter den vor der Versteigerung bekannt zu machenden Bedingungen und gegen entsprechende Anzahlung meistbietend verkauft werden.

Die vorstehende Reihenfolge wird bei der Versteigerung beibehalten werden. Sämtliches Material kann an Ort und Stelle besichtigt werden und wollen sich die Herren Käufer deshalb mit der betreffenden Revier-Verwaltung in Verbindung setzen.

Holz Käufer, denen noch kein Verzeichnis über obige Hölzer zugegangen sein sollte, wollen sich gefälligst an unterzeichnete Stelle wenden.

Waldburg, den 7. Dezember 1904.

Fürstlich Schönburgische Forstinspektion.  
Forstrot Gerlach.

## Die Lage im Ruhrrevier.

Nach allen vorliegenden Berichten aus dem Ruhrrevier muß die dortige Situation als sehr ernst angesehen werden. Die gesamte Bergarbeiterschaft ist sichtlich in einer tiefen Erregung begriffen, und in vielen Versammlungen, die an beiden Weihnachtsfeiertagen in der dortigen Gegend abgehalten wurden, ist die Frage eines allgemeinen Arbeiterausstandes erörtert worden. Es bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung, von welcher Bedeutung für unser gesamtes wirtschaftliches Leben ein Ausstand sein müßte, an dem sich zwischen 150 bis 200 000 Bergarbeiter beteiligen würden. Es ist deshalb die erste Pflicht der unabhängigen Presse, vor unbesonnenen Schritten in beiden Lagern, sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, zu warnen, namentlich aber den Arbeitgebern zu Gemüte zu führen, den gerechten Beschwerden der Bergarbeiter rechtzeitig abzuwehren. Sogar besonnene rheinische Blätter ermahnen die Arbeitgeber, den Wogen nicht allzu stark zu spannen.

Die Hauptbeschwerden der Bergarbeiter beziehen sich auf das Stilllegen von Zechen, auf unzureichende Löhne, auf Verlängerung der Schichtarbeiten, auf unfreundliche Behandlung seitens der Beamten, auf willkürliche Lohnabzüge und auf das Ueberhandnehmen des sogenannten Wagnullens. Die ersten ernstlichen Streitigkeiten entstanden auf der Zeche „Buckstraße“ bei Langendreer, als die Verwaltung eine Aenderung in der Seilsahrt angekündigt hatte. Die Arbeiter remonstrierten gegen diese Anordnung, weil sie darin eine Verlängerung der Schichtarbeiten erblickten. Darauf verzichtete die Verwaltung auf die Durchführung dieser Absicht. Allein die Verwaltung hat nicht endgültig auf ihre Verwicklung verzichtet, sondern sie gedenkt diese Anordnung vom 1. Februar n. J. in Kraft zu setzen. Sie stellt diese Frist, um den etwa nicht zustimmenden Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich neue Beschäftigung zu suchen. Hierüber ist nun die gesamte Bergarbeiterschaft in eine starke Erregung geraten. Denn die bisher an günstigere Einrichtungen gewöhnte Arbeiterschaft ist nicht gewillt, sich in eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen so ohne weiteres zu fügen. Vorläufig hat die Belegschaft dieser Zeche die Niederlegung einer Kommission beantragt, um die Betriebsverwaltung zu einem definitiven Verzicht auf jene Bedingung zu veranlassen. Falls dieser Weg nicht zum Ziele führen sollte, dann will die Kommission das Oberbergamt um Vermittelung angehen, damit im Vergleichswege die Verlängerung der Schichtzeit verhindert würde. Der nächste 3. Januar ist als Endtermin von der Kommission bezeichnet worden, sodas dieser Tag als ein für die Bergarbeiterschaft im Ruhrrevier kritischer bezeichnet werden muß. Der auf 10 000 Mitglieder bezifferte polnische Verband hat beschlossen, in dieser Frage mit den übrigen Verbänden gemeinsame Sache zu machen. Der Arbeiterverbände kommen dabei

in Betracht; nämlich der alte Verband mit 60 000, der christliche Gewerkeverein mit 40 000, der schon genannte polnische mit 10 000 und der Hirsch-Dundersche mit etwa 1000 Mitglieder. Das sind insgesamt etwa 110 000 organisierte Bergarbeiter im Ruhrrevier.

Daneben geht im Essener und Werdenener Bezirk die Bewegung dahin, die Achtstunden-schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt einzuführen, einen Minimallohn von 5 Mark für die Dauer und von 3,50 Mark für die Schlepper einzuführen. Ferner sollen Ueberstichtigen mit 50 Prozent Zuschlag des Lohnes bezahlt und Leerhauer den gleichen Lohn erhalten wie Vollhauer. Es wird ferner verlangt, daß die Löhnung wöchentlich erfolge, daß alljährlich Arbeiterkontrolleure in geheimer Abstimmung von den Arbeitern zur Unterstützung der Berginspektion gewählt würden; daß die Unterstützungsstellen durch alljährlich in geheimer Abstimmung zu wählende Arbeiterausschüsse mitverwaltet würden. Verloren gegangenes Gezüge soll vom Lohne nicht abgezogen werden dürfen, und bei besonderen ungünstigen Arbeitsverhältnissen, bei Temperaturen über 28 Grad Celsius soll die Schichtzeit nur eine sechsstündige sein. Sowie zur Klarstellung des wirtschaftlichen Kampfsgebietes, das die Arbeiter anscheinend zu behaupten fest entschlossen sind. Nichts wäre verfehlt, als sich, wie das vor etwa fünfzehn Jahren der Fall gewesen, einer optimistischen Auffassung der Sachlage hinzugeben. Die Situation ist ernst. Mögen die Führer in beiden Lagern darauf bedacht sein, daß dem Gemeinwesen kein Schaden aus ihrem Verhalten entspringe!

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Der Kaiser sandte dem König Alfons ein herzliches Telegramm, worin er erklärte, daß er die ihm verliehene Würde eines Generalkapitans annehme. Die Antwort ist in einer für die spanische Armee äußerst schmeichelhaften Form gehalten.

Kaiser Wilhelm hat an den Verein deutscher Reichsangehöriger in Moskau folgende Depesche gerichtet: „Ich spreche dem Verein zu seinem 25jährigen Bestehen meine herzlichsten Glückwünsche aus. Möchten die Bestrebungen des Vereins auf dem Gebiete patriotischer Wohltätigkeit auch ferner gesegnet sein und dazu beitragen, das gute Einvernehmen zwischen dem Auslande und Deutschland zu fördern. Wilhelm.“

Goldene Worte über die Freiheit der Presse sprach bei dem Festessen zu Ehren von Prof. Ludwig Vietich in Berlin Herzog Ernst Günther, der Bruder der Kaiserin. Die Rede machte großen Eindruck auf die Anwesenden. Herzog Ernst Günther sagte unter anderem: „Der Journalismus ist kein leichtes Beruf, und manch einer unterschätzt ihn. Er hat ja vor anderen Berufsständen das eine voraus, daß er ohne die amtliche Marke des Staatsbeamten

betreten werden kann, daß derjenige, der ihn ergreift, freudig und frei ist und in jungen Jahren einen Einfluß erreicht, wie mancher Würdenträger nicht einmal am Abend seines Lebens. Deshalb ist die Nachfolge des Journalisten von großer Bedeutung, und ich glaube mit den anwesenden Vertretern der Presse eines Sinnes zu sein, wenn ich sage, daß der Journalismus wie Parlamentarismus nur in voller Freiheit ihre Stellung erhalten können.“ — Einer derartig reumütigen Hochschätzung der deutschen Presse begegnet man an deutschen Fürstenthöfen nicht immer, der ausländischen Presse freilich passiert so etwas schon öfter.

Oberst Leutwein äußerte in Hamburg bezüglich des Herero-Aufstandes, daß der Hauptkrieg zwar vorüber, daß aber der Kleinkrieg uns noch viel zu schaffen machen werde. Die Hauptsache sei, nicht siegen, sondern Frieden zu machen, gestiftet hätten wir genug. Der Aufstand sei so plötzlich gekommen, daß nicht einmal die Ansiedler, die mitten unter den Hereros lebten, ihn geahnt hätten. (?) Weshalb sollte er, der damals gerade mit den Bondelwarts beschäftigt war, besser orientiert gewesen sein? Den Hottentotten-Aufstand hält Leutwein für länger dauernd, da der Gegner nicht leicht fassbar sei. Einen Aufstand der Ovambos bezeichnet er als nicht wahrscheinlich.

Der in Berlin weilende Gouverneur von Kamerun, v. Puttkamer, reist am 10. Januar von Berlin über Paris nach Lissabon ab, um sich wieder nach Kamerun einzuschiffen. — Anfangs Juli 1905 dürfte Puttkamer dort ein in deutschen Kolonialkreisen wohl einzig dastehendes „afrikanisches“ Doppel-Jubiläum feiern, und zwar das zehnjährige als Gouverneur von Kamerun und das zwanzigjährige als „alter Afrikaner“.

Der Schwurgerichtsvorsitzende in Alze am Rhein hatte im November eines Tages einen der von den Geschworenen gefällten Sprüche als „Fehlpruch“ bezeichnet, „für den den Richtern jedes Verständnis abgehe“, und die Erwartung ausgesprochen, daß wenigstens für den Rest der Tagung Urteile gefällt würden, die mit den Ansichten des Gerichts sich in Uebereinstimmung befänden. Das jetzige Urteil der Geschworenen sei nicht dazu angetan, das auf absterbendem Aste befindliche Ansehen der Schwurgerichte zu heben. Auf eine insolge dessen eingereichte Beschwerde hat der preussische Justizminister unterm 21. d. Mts. folgende Antwort erteilt: „Auf die Beschwerde vom 14. vor. Mts. teile ich Ihnen ergebenst mit, daß die von dem Landgerichtsrat Dr. Sarrasin in Alze als Vorsitzenden des dortigen Schwurgerichts an dem Spruch der Geschworenen in der Strafsache wider Hinsen und Berendon geübte Kritik nicht gebilligt werden kann und der Oberlandesgerichtspräsident in Alze von mir ersucht worden ist, dies dem Dr. Sarrasin zu eröffnen. Es bleibt Ihnen überlassen, die Herren Mitunterzeichner der Beschwerde hierdurch in Kenntnis zu setzen. Im Auftrag: geg. Visco.“ — Man